

Europäische Regulierungen am Beispiel des ÖPNV (Inhouse-VO 1370/2007)

Beitrag zur Konferenz „Kommunales
Infrastruktur-Management“ 2012

Dr. Ralf Resch

ehem. Generalsekretär des CEEP

CEEP: Sozialpartner und Lobby der Daseinsvorsorge

2

Zentralverband der öffentlichen Wirtschaft und Arbeitgeber in Europa mit 64 Millionen Beschäftigten; Anteil am BIP: 26% (2.412 Mrd. Euro)

- ▶ **Europäischer Sozialpartner**
 - Teilnahme an politischen Diskussionen auf höchster Ebene (Tripartite Social Summit, Makroökonomischer Dialog, Informal EPSCO)
 - Verhandlungen zu verbindlichen Abkommen zwischen den Europäischen Sozialpartnern (Elternurlaub, Stress, Arbeitszeit)

CEEP: Sozialpartner und Lobby der Daseinsvorsorge

3

- ▶ **Lobbyvertreter der öffentlichen Wirtschaft und Daseinsvorsorge**
 - Teilnahme an allen Legislativprozessen
 - Diskussion mit Kommissaren (Barnier, Almunia, Andor) und Beamten, Rat und Europäischem Parlament
 - Aktivitäten im Vorfeld von Gesetzgebung und als Begleitung

Zahlen, Daten, Fakten

- ▶ **1961 gegründet**
- ▶ **Organisation in 10 Ausschüssen:**
 - ▶ **Services of General Interest & Statistics**
 - ▶ **Local Enterprises**
 - ▶ **Enterprises, Internal Market & Competition**
 - ▶ **Social Affairs**
 - ▶ **Macroeconomic**
 - ▶ **Environment**
 - ▶ **Water**
 - ▶ **Energy**
 - ▶ **Transport**
 - ▶ **Communications**
- ▶ **CEEP-Mitglieder sind Unternehmen und Behörden aus der EU, Norwegen und der Türkei (assoziierte Mitglieder), die Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen, unabhängig von Rechtsform und Eigentümer.**
- ▶ **Budget: 1 Mio. Euro p.a.**

Was wird in Brüssel geregelt?

5

- ▶ **Europapolitik ist heute vor allem Wirtschaftspolitik**
- ▶ **Entscheidungen werden in Brüssel geprägt und zum Teil Jahre später in Deutschland umgesetzt (Bsp.: ÖPNV-Verordnung – Beginn 1996)**

Politische und rechtliche Situation im ÖPNV

6

- ▶ 1996: Grünbuch „Das Bürgernetz“
- ▶ 1998: Studien zum künftigen Ordnungsrahmen
- ▶ 2000: Erster Kommissionsentwurf
- ▶ 2001: Europäisches Parlament fordert „Inhouse-Klausel“
- ▶ 2005: Zweiter Kommissionsentwurf
- ▶ 2006: Politische Einigung im Ministerrat
- ▶ 2007: Verordnung 1370/2007 wird veröffentlicht
- ▶ 2009: VO 1370/2007 tritt in Kraft
- ▶ Seit 2007: Änderung des PBefG wird diskutiert

Rahmen der Diskussion

- ▶ **Binnenmarkt überall?**
 - 1992 EU-Binnenmarkt tritt in Kraft
 - Gilt dieser auch vollständig für die Daseinsvorsorge?
 - Artikel 14 des Lissabon-Vertrags: besondere Aufgabe der Daseinsvorsorge darf nicht gefährdet werden
 - Unternehmensform nicht relevant
- ▶ **Entwicklung von Inhouse durch den EuGH**
 - EuGH in vielen Urteilen: Kommune („Behörde“) darf selbst entscheiden, ob Leistung am Markt eingekauft oder durch kontrollierten Dritten („Inhouse“) erbracht wird
- ▶ **Schaffung eines Tatbestands im Sekundärrecht:**
 - VO 1370/2007 reflektiert dies erstmalig im Sekundärrecht der EU

Herausforderungen: Ist die VO 1370/2007 noch aktuell?

► EU:

- Verhandlungen über die EU-Arbeitszeit-Richtlinie: wird der Sektor Nahverkehr neu geregelt?
- Neuregelung der EU-Konzessionen: Wie werden die Konzessionen künftig geregelt?
- White Paper “Zukunft des Verkehrs“: Neuregelung der SPNV-Vergaben geplant

► National:

- BGH: Urteil vom 8.2.2011
- Umsetzung der PBefG-Reform

Herausforderungen aus Europa

- ▶ **Arbeitszeit-Richtlinie: wird der Sektor Nahverkehr neu geregelt?**
 - Bisher: ÖPNV war in der Arbeitszeitrichtlinie integriert, aber mit vielen betrieblich erforderlichen Ausnahmen
- ▶ **Konzessionen: Wie werden die Konzessionen künftig geregelt?**
 - Seit Dezember 2011: erstmalig sollen Konzessionen EU-weit geregelt werden
 - Was bedeutet dies für die Direktvergaben nach VO 1370/2007?
- ▶ **White Paper “Zukunft des Verkehrs“: Neuregelung der SPNV-Vergaben geplant**
 - Vorschlag dort: SPNV nur noch nach Ausschreibung
 - Welche Folgen hat dies für den SPNV und eventuell auch für die VO 1370/2007?

Herausforderungen auf nationaler Ebene

- ▶ **BGH: Urteil vom 8.2.2011**
 - Nach dem Urteil: nur noch wettbewerbliche Vergaben, keine Direktvergaben mehr
 - Urteil schmälert den Spielraum, den Brüssel gewährt hatte
- ▶ **Umsetzung der PBefG-Reform:**
 - Differenzen in Wort und Geist gegenüber der EU-Verordnung
 - Selbstbeschränkung über das Maß, das Brüssel gesetzt hat
 - Verunsicherung der Branche

SPNV

- ▶ **Nach BGH-Urteil: Vorrang der Ausschreibung vor jeder anderen Vergabeform**
 - Beschränkung des Spielraums aus Brüssel
 - Sinnvoll?
 - „Ausschreibungseffekt“ weitgehend ausgeschöpft
 - Wenige Angebote -> Aufhebung von Ausschreibungen
 - Transaktionskosten
- ▶ **Bundesratsinitiative aus 2011**
 - Weiterhin Direktvergabe nach Art. 5 Abs. 6 VO 1370/2007 ermöglichen

Handlungsoptionen

- ▶ **Restrukturierung fortsetzen unter geänderten Zeichen**
 - Demographie fordert Betriebe: Kampf um gut qualifizierte Mitarbeiter; längere Lebensarbeitszeit/ „Work-Life-Balance“
 - „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“: die VO 1370/2007 fordert nachhaltige Anstrengungen von den Unternehmen
 - Kostenvergleich ist nicht abgeschafft
- ▶ **Lobbying für die Daseinsvorsorge:**
 - Darstellung: Was ist die Daseinsvorsorge wert?
 - Beispiel: „Mapping the Public Services“ (www.ceep.eu)
 - Gemeinsame Initiativen aller (öffentlicher, gemischtwirtschaftlicher und privater) Unternehmen der Daseinsvorsorge

**... VIELEN DANK FÜR DIE
AUFMERKSAMKEIT!**